

Zeitschrift: Jährliche Rundschau des Deutschschweizerischen Sprachvereins
Herausgeber: Deutschschweizerischer Sprachverein
Band: 16 (1920)

Artikel: Deutsch und Welsch im vergangenen Jahr
Autor: E.Bl.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-595152>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 05.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Deutsch und Welsch im vergangenen Jahr.

Der Sprachenfriede ist in unsrer Heimat im vergangenen Jahre nicht gestört worden. Wie sollte er's auch? Die über ihren Rechten eifersüchtig wachenden sprachlichen Minderheiten fühlen sich im Schatten ihrer sieghaften ausländischen Sprachgenossen wohler als je, und die deutschen Schweizer mücken wegen Kleinigkeiten nicht auf. Am wenigsten gilt das vom Kanton Wallis, wo je und je Verstimmungen vorkommen, weil die deutsche Minderheit des Landes, in vergangenen Jahrhunderten das Herrenvolk, jede Verminderung ihres Einflusses schwer nimmt, wie denn beispielsweise nach einer Beeinträchtigung in Wahlsachen im vergangenen Jahre die konservativen Oberwalliser sich von der Gesamtpartei losgesagt haben. Daß die Sprachgrenze im Wallis eine Gesinnungsscheide ist, hat die Völkerbundsabstimmung gezeigt: alle Gemeinden des welschen Kantonsteils haben den Beitritt zum Völkerbund mit starker Mehrheit gutgeheißen, fast alle deutschen Gemeinden entschieden verworfen. Etwas ähnliches, nur lange nicht so deutlich und ausgesprochen, hat sich ja auch in den andern Sprachgrenzkantonen gezeigt: weder Bern hätte ohne die welschen Bezirke, noch Graubünden ohne die italienischen, eine annehmende Mehrheit erreicht, während die romanischen Gemeinden Graubündens ihre Zugehörigkeit zum deutschen Gedankenbereich durch Verwerfung auch hier bestätigt haben. Man konnte bei dieser Volksabstimmung, zu der wir hier nicht Stellung zu nehmen haben, das erstemal so deutlich sehen, was die Sprachgrenze für eine Bedeutung hat.

Als erfreuliche Erscheinung bucht die Tagespresse, daß die Hochschulen in Genf und Lausanne sich gemeinsam einen Professor aus der deutschen Schweiz haben kommen lassen, der künftig über deutsche Literatur in deutscher Sprache Vorlesungen halten wird — das Gegenstück: französische Vorlesungen an unseren Hochschulen hat es ja von jeher gegeben. Wenn sich die welschen Behörden für den Zweck einen Mann ausgesucht haben, der ihren politischen Anschauungen nicht fern steht, so ist das am Ende verständlich; genug, unsere Muttersprache hat künftig im Welschland eine Stätte mehr.

Von den Romanen ist hier noch zu berichten die Gründung eines Bundes zum Schutze der romanischen Sprache, der Rätoromanischen Liga. Eine mittelbare Folge des Krieges. Dieser hat bei allen Völkern den sprachlichen Selbsterhaltungstrieb geweckt. Nun ist es freilich eigentümlich: die romanischen Dialekte sind durch den Ausgang des Krieges aufs schwerste betroffen, weil nunmehr alle außerschweizerischen Räter, die Ladinern Tirols usw., an das Königreich Italien gefallen sind, wo sie nicht auf Schonung ihrer Eigenart rechnen können, und zudem ihre Sprache neben der italienischen Staatssprache schon von selbst zu bedeutungslosen örtlichen Mundarten herabsinkt, und trotzdem wehren unsere Bündner Romanen sich nicht für ihre auswärtigen Brüder und denken nicht an Aufsaugung durch das Italienische, sondern sehen im Deutschen die Gefahr, gegen die sie sich wehren müssen. Uns darüber zu beschweren, stünde gerade uns Sprachvereinslern schlecht an, die wir ja die Liebe zur Muttersprache und das Recht auf die Muttersprache auf unsere Fahne geschrieben haben, die wir außerdem schon in früheren Jahren immer mit völliger Einstimmigkeit unserer Mitglieder den Rätoromanen unsere brüderliche Gesinnung bezeugt haben. Wie man gerade in unseren Kreisen zur romanischen Sprache steht, das zeige die folgende briefliche Aeußerung eines Sprachvereinslers: „Wenn mein Herz — und auch das des weitaus größten Theils meiner Landsleute — feurig für das Deutschtum schlägt, so bin ich anderseits zu sehr eingefleischter Bündner, um nicht über jeden Fußbreit Bodens bekümmert zu sein, den der Verkehrsteufel dem Romanentum abringt, mag er nun auf deutschen oder auf italienischen Sohlen einhergehen. Für jeden rechten Bündner ist, oder sollte wenigstens sein, das Romanische und das Romanentum der Kern unseres Volkstums. Wir Altbündner zittern für unser Romanentum, weil dessen Zersetzung und Abbröckeln unserm bündnerischen Volkstum selber ans Leben geht.“ So stehen wir Deutsche zu den Romanen. Hoffen wir jetzt nur, daß nicht gegen die erste Absicht den Leuten von der Liga durch das bloße Rollen des Steines, durch die bloße Tatsache eines begonnenen Kampfes, doch ein Krieg gegen das Deutschtum entstehe. Es hat uns zu denken gegeben, auf dem Briefkopf der Liga unter den Worten: Lia Rumantscha und Ligia Romontscha als dritten Vereinsnamen zu lesen: Ligue Rhéto-romanche. Da kann die Wahl des Französischen nicht absichtslos erfolgt sein; sie bedeutet nichts anderes als dies: beim Heraustreten aus dem örtlichen, dem innern Verkehr wollen wir künf-

tig nicht mehr dem deutschen, sondern dem nichtdeutschen Bereich zugezählt sein, sie bedeutet etwas wie: *solidarité latine contre le germanisme*, so wird man sie zum mindesten mancherorts verstehen.

Die Liga ist übrigens an die Bundesversammlung gelangt mit dem Begehren nach einem Geldbeitrag. Kein Mensch im Schweizerland, der nicht den Romanen jedes Gedeihen gönnt. Aber die Gewährung eines Bundesbeitrages dürfte nicht den Sinn haben, daß der Staat auch in der Schweiz anfinge, Sprachenpolitik zu treiben, das wäre eine Neuerung von größter grundsätzlicher Tragweite. *)

Im übrigen: die Frage Deutsch und Welsch wird im *Ausland* beantwortet, nicht bei uns. Es wäre lehrreich und wichtig, jetzt fortlaufend über alle Vorgänge auf sprachpolitischem Gebiet zu berichten. Da wir uns aber Gewissenhaftigkeit zur Pflicht machen und eine Abneigung gegen ungenaue Angaben und unzuverlässige Quellen haben, so ist das beinahe unmöglich. Wohl liegen uns genug Zeitungsausschnitte vor über Elsaß und Böhmen, Amerika und Japan. Aber Zeitungen sind mit Vorsicht zu gebrauchen, stehen im Dienste politischer Bestrebungen, werden rasch geschrieben und geben selten ihrerseits ihre Quellen und Gewährsmänner an. Deshalb müssen wir uns auf wenig beschränken.

Die heftigen Sprachenkämpfe, die wir für das franke Europa letztes Jahr voraussahen, haben in der Tat begonnen, nachdem nun die Staaten haben anfangen können, sich mit ihren innern Aufgaben zu befassen. Von den auf Kosten der Besiegten vergrößerten Staaten hat *Dänemark* ein Sprachengesetz erlassen, das als duldsam gerühmt wird. Die Erfahrungen, die die Völker mit der Staatsgewalt gemacht haben, raten indessen, mit dem Rühmen zuzuwarten, bis man sieht, wie das dänische Gesetz gehandhabt wird. Wenn von einer Regierung maßvolle und gerechte Haltung erwartet werden kann, dann ist es allerdings die eines Landes, das während des Krieges mit Deutschland die besten Beziehungen unterhalten hat, am Ende des Krieges von der neuen deutschen Regierung sogleich Gebietsabtretungen zugesagt erhielt und zu jenen germanischen Ländern des Nordens zählt, wo von jeher das Deutsche liebevoll gepflegt worden ist.

*) Inzwischen ist der Beitrag gewährt worden. Aus der Begründung ist zu verstehen, daß es sich nach der Meinung der Bundesversammlung in der Tat nicht um Sprachenpolitik handelte, sondern um Heimatschutz, und hiergegen ist nichts einzuwenden.

Aus B ö h m e n kommen ganz arge Klagen über eine gewaltsame Schulpolitik der Tschechen. Wo in sonst ganz deutschen Gegenden die kleinste tschechische Minderheit ist, werde die Ortsschule für diese eingerichtet und die deutsche Schule aufgehoben. Dem entspricht die Haltung der Deutschen, die hier nicht wie anderswo dem fremden Staat sich zu fügen geloben, sondern laut und deutlich erklären, daß sie nicht dazu gehören wollen, und ihr Selbstbestimmungsrecht nicht aufgeben. Der tschechische Staat wird daraus und aus der ebenso ablehnenden Haltung seiner madjarischen, polnischen, ruthenischen und slowakischen Untertanen freilich nach alten Mustern schließen, daß die deutsche Sprache als Sauerteig des Aufruhrs erst recht bekämpft werden müsse, und wir erhalten da das bekannte Bild: Kampf des Staates gegen die Minderheiten um seiner Erhaltung willen, und Kampf der Minderheiten gegen den Staat, der sie nicht will leben lassen, ein Kampf, der zu einem Ende führt, wie es der russische Kaiserstaat und die österreichisch-ungarische Monarchie erlebt haben. Aus der Geschichte lernen wir, daß wir nichts aus ihr lernen.

Im benachbarten E l s a ß, das uns Schweizern von alters her nahe stand, ist die Lage gekennzeichnet durch fortwährende Versprechungen der Regierung, die nicht gehalten werden. Es liegt das nicht nur am bösen Willen, es liegt in einer Art von seelischer Zwangslage der französischen Regierung, die eben auch nicht aus ihrer Haut schlüpfen kann. Sie will die elsässische Bevölkerung befriedigen, weil es für sie feststeht, daß diese Bevölkerung mit Leib und Seele französisch ist, immer gewesen ist; sie will aber auch, muß wollen, daß diese Stockfranzosen französisch denken und sprechen, kann natürlich nicht einsehen, daß man deutsch geschult, deutsch singend, betend, lesend, schreibend, weinend und lachend doch ein guter Franzose sein könne, und hält deshalb dieses deutsche Gebaren für ein ärgerliches Erzeugnis einer fünfzigjährigen Fremdherrschaft, das man sobald als möglich beseitigen müsse. So bleibt nur eine Lösung: sie muß beruhigende Versprechungen geben, um sie hernach nicht zu halten. Für einen andern Staat gäbe es eine zweite: volle Selbständigkeit der deutschen Landesteile in allen Dingen, die mit der Sprache zusammenhängen, einheimische Beamte, deutsche Ortsverwaltung, deutsche Kirche und deutsche Schule mit Französisch vielleicht als bevorzugtem Lehrfach. Aber für Frankreich ist diese Lösung undenkbar, denn auch eine Nation kann nicht aus ihrer Haut, d. h. ein Staat nicht aus seiner Geschichte herauskommen. Der Einheitsstaat ist in Frankreich so

eingelebt, so sehr festgewurzelt im Denken jedes Mitgliedes dieser alten Nation, daß ein selbständiges Elsaß im Rahmen Frankreichs undenkbar ist. Es würde nicht ertragen, es würde jedem Franzosen als ein Uergernis vorkommen, Frankreich würde daran einen Herd fortwährender Selbstbeunruhigung haben. Sogenannte Autonomien gibt es in Deutschland, in der Schweiz, in Amerika, für Frankreich ist der Gedanke unausführbar. Dazu kommt, daß der Haß gegen alles Deutsche infolge des Krieges zu groß geworden ist, als daß man nun noch die geringste Duldsamkeit oder gar Sachlichkeit für die Behandlung irgend eines Dinges aufbrächte, das die Bezeichnung deutsch trägt. Wie sollte es auch anders sein? Wenn die Genfer in ihrer Stadt den Namen Rue des Allemands nicht mehr ertragen können, wie sollten Franzosen in ihrem Lande deutsche Schulen ertragen und aus ihrer Tasche bezahlen können?

Das Volksschulwesen ist seit 1918 fortwährenden Schwankungen unterworfen, die mit der geschilderten Zwangslage der französischen Regierung zusammenhängen und außerdem auch mit allerlei Augenblickserrscheinungen wie Landesstreik, Beamtenwechsel, Wahltreiberien. Das bisherige Ergebnis faßt kurz zusammen ein Bericht aus Straßburg an die „Neue Zürcher Zeitung“ (14. Weinmonat 1920):

„Jüngst erhielten die Leiter der Volksschulen Elsaß-Lothringens die amtliche Mitteilung, der Unterricht in der deutschen Sprache habe erst mit dem vierten Schuljahr zu beginnen. Der Akademie-Rektor hatte die Einführung des deutschen Unterrichts zuerst nach eineinhalb Jahren, also in der Mitte des zweiten Schuljahres, festgesetzt; während der Herbstferien kam dann eine Verordnung an die Schulleiter, der zufolge sie erst mit dem dritten Schuljahr den deutschen Unterricht zu beginnen hätten. Jetzt ist schließlich die Einführung des Unterrichts der deutschen Sprache erst mit dem vierten Schuljahr gestattet! Dabei bedenke man, daß die elsässische Muttersprache nichts anderes als ein deutscher Dialekt ist, daß also das Hochdeutsche die schriftliche Muttersprache darstellt, die das Schulkind erst mit dem vierten Schuljahr erlernen darf. Die elsäß-lothringische Presse protestiert gegen diese Verordnung und stellt ihr eine Erklärung gegenüber, die Unterstaatssekretär Reibel auf eine Eingabe der elsässischen Deputierten abgab und die dahin lautete, daß „die Regierung hinsichtlich des Ausgangspunktes des Unterrichts sich in voller Uebereinstimmung mit der Gruppe der elsässischen Abgeordneten befindet“. Die Abgeordneten hatten aber in ihrer Eingabe

gerade verlangt, daß der Ausgangspunkt des Unterrichts die Muttersprache sein müsse. Und nun kommt diese Verordnung!"

Voriges Jahr haben wir die Frage nach der künftigen Weltgeltung des Französischen hier aufgeworfen und die Folgen besprochen, die der Sieg des Englischen, und die Folgen, die der Sieg des Französischen für uns hätte. Heute sieht es danach aus, als setze sich das Englische mehr und mehr durch. Bei drei internationalen Versammlungen des Protestantismus in Genf und Beatenberg überwog das Englische ganz entschieden; französische Reden waren die Ausnahme, fast jedermann sprach englisch, die Schweizer, die Deutschen, die andern alle aus Abend- und Morgenland. (Dabei weiß der „Kirchenfreund“ zu berichten, daß die Annäherung auf einer dieser Versammlungen durch die deutschen Sprachkenntnisse der morgenländischen Kirchenmänner sehr erleichtert worden sei.) Auch von andern derartigen Zusammenkünften hört man ähnliches. Bei der Gelegenheit sei ein Wunsch geäußert: es ist schade, daß die Presse nicht regelmäßig in ihren Berichten über die von den Rednern gebrauchten Sprachen ein Wort sagt; es wäre höchst lehrreich, hierüber immer Bescheid zu erhalten.

Haben wir voriges Jahr von der Besorgnis Frankreichs um die Weltgeltung seiner Sprache geredet, so sei diesmal ein Beispiel vom Gegenteil angeführt: es gibt Franzosen genug, die noch von einem Sieg ihrer Sprache reden. Sie sind in demselben Irrtum begriffen wie ihre Gegner, die Schwarzseher: sie haben nicht erfaßt, daß der Sieg von 1918 nicht ein Sieg Frankreichs war, sondern der Sieg eines großen Bundes, dessen entscheidende und mächtigste Glieder die angelsächsischen Völker sind. Die Zukunft wird ihnen das so oft zu Gemüte führen, bis sie daran werden zweifeln müssen, ob sie überhaupt 1918 gesiegt haben. Bezeichnend für die vertrauensfelige Zufriedenheit gewisser Franzosen ist ein Aufsatz im *Courrier de Genève* (28. Herbstmonat 1920) über die Ausbreitung der französischen Sprache. Der Verfasser weiß eine Menge von erhebenden Beweisen für den Aufstieg seiner Muttersprache aufzuzählen, die er einem Artikel der *Revue des Deux Mondes* entnimmt. Wir glauben ihm ohne weiteres, wenn er solche aus Luxemburg bringt, werden aber schon nachdenklich, wenn er mit Freude die in Belgien gegründete französische Sprachakademie begrüßt; denn diese ist nichts als eine Abwehrbewegung gegen die leidenschaftlicher als je betriebene Gleichstellung der flämischen Landessprache, deren Sieg keine

zweifelhafte Sache sein kann. Und ganz die alte, echt französische, sich selbst täuschende Eitelkeit ist es doch, wenn gesagt wird, in Spanien gehe die Zeitströmung auf Gleichstellung des Französischen mit dem Spanischen. Bei Behandlung des Völkerbundes heißt es dann etwas gedämpfter: „das Englische teilt freilich (*partage, sans doute,*) mit dem Französischen die Ehre, die Geschäftssprache des neuen Bundes zu sein, aber das Französische — tröstet sich der Verfasser sogleich — wird immer eine unzweifelhafte Ueberlegenheit über das Englische haben.“

Um unser Deutsch kommt man übrigens immer noch nicht herum. So erklärte kürzlich (Tages-Anzeiger von Zürich, 23. Weinmonat 1920) der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes, Albert Thomas, daß er auf der Konferenz des Verwaltungsrates die Heranziehung der deutschen Sprache als dritte Verkehrssprache des Bureaus beantragen werde. Von den 25 Millionen zusammengeschlossener Arbeiter, auf die sich die Fürsorge der internationalen Gesetzgebung erstreckt, haben nicht weniger als 10 Millionen die deutsche Sprache für den Verkehr des Arbeitsamtes mit den Arbeitervereinen und -gewerkschaften gefordert. Außer Deutschland und Oesterreich haben auch die Gewerkschaften der deutschen Schweiz, ferner die Arbeiter in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Dänemark, Schweden und Holland das Ersuchen gestellt, die Mitteilungen des Internationalen Arbeitsamtes in deutscher Sprache zu erhalten. Zukünftig werden daher sämtliche Mitteilungen und Druckschriften des Bureaus in deutscher, französischer und englischer Sprache verbreitet, — wenn Herr Thomas Wort hält.

Mit Eifer verhandeln die Franzosen darüber, ob man auch künftig deutsch lernen solle und wolle. Die meisten Stimmen scheinen sich dafür auszusprechen, aber daß diese Frage trotzdem immer wieder aufgeworfen wird, das wird doch seine Gründe haben, und diejenigen, die die Frage behandeln, zeigen selbst einen argen Widerwillen gegen unsere Sprache.

Unders tönt es aus I t a l i e n , wo während des ganzen Krieges den Schweizern ihre deutschen Schulen erhalten geblieben sind. Da sucht man den Wiederanschluß an die deutsche Kultur. Auch im Osten Europas ist Deutsch immer noch die verbreitetste Sprache und wird da gerade wegen der Vielheit der in ihrem maßlos gesteigerten Selbstgefühl unduldsam gewordenen Völker seine Stellung behaupten.

E. Bl.